

Das erste Spitzengespräch zur Beschäftigungssicherung bei der Deutschen Bahn blieb ohne Ergebnis. Wenn die DB AG sich verpflichten sollte, auch über das Jahr 2004 hinaus auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, müssten die Personalkosten um zehn Prozent gesenkt werden, so Personalvorstand Norbert Bensel in Frankfurt. Ohne Kompensation sei ein so weitreichender Schritt nicht möglich, hieß es. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet lehnten es hingegen ab, über die Fortschreibung des Beschäftigungsbündnis Bahn zu diskutieren, so lange seitens der DB AG Vorbedingungen erhoben würden.



Ernste Gesichter beim ersten Spitzengespräch in Frankfurt. Die Forderung der DB AG, die Arbeitszeit ohne entsprechende Kompensation dauerhaft auf 40 Wochenstunden zu verlängern, wurde vom Bundesvorsitzenden der Verkehrsgewerkschaft GDBA, Klaus-Dieter Hommel (zweiter von rechts) abgelehnt. Diskutiert werden müsse im Gegenzug zumindest über einen langjährigen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, machte er deutlich.

Länger arbeiten für sichere Arbeitsplätze

Als „unangemessen und überzogen“ kritisierte GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel die Forderungen der DB AG. Schließlich dürfe nicht vergessen werden, dass die Belastungen der Beschäftigten in den zurückliegenden Jahren deutlich angestiegen seien, die Produktivität zudem erheblich gesteigert werden konnte. Hommel kritisierte, dass sich die Bahn zur Beschäftigungssicherung – wenn überhaupt – nur bis zum Jahr 2008 verpflichten wolle.

Bahnchef Hartmut Mehdorn verwies darauf, dass „nur wettbewerbsfähige Beschäftigungsbedingungen eine Verlängerung des Beschäftigungsbündnisses für das Unternehmen wirtschaftlich vertretbar machen. Dazu gehöre auch mehr Flexibilität und Mobilität auf dem Konzernarbeitsmarkt.“

Eine Kerbe, in die auch Personalvorstand Norbert Bensel schlug: „Wir können die Wettbewerbsverzerrungen von bis zu 25 Prozent bei den Arbeitskosten nicht länger hinnehmen“, sagte er. Zur Reduzierung des Wettbewerbsnachteils brauche die Bahn eine Erhöhung der Jahresarbeitszeit von 1984 auf 2 088 Stunden - ohne Entgelterhöhung.

Bensel machte aber auch deutlich: „Die DB AG will eine moderne Tarifpolitik. Wir wollen Beschäftigung im Konzern und in Deutschland sichern und das Unternehmen für unsere Mitarbeiter zukunftsfähig und attraktiv machen. Das schließt auch ein, dass wir künftig bei entsprechendem Unternehmenserfolg eine Mitarbeiterbeteiligung gewähren.“ Damit will die Bahn einer Forderung der Verhandlungsgemeinschaft Transnet/GDBA nachkommen.

Angesichts der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt ist der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen für uns ganz wichtig, machte der GDBA-Chef deutlich. „Allerdings sind wir nicht bereit, jeden Preis dafür zu zahlen“. Der Diskussion um eine Verlängerung der Arbeitszeiten werde man sich auch bei der DB AG nicht verschließen können, meinte er. Allerdings dürfe ein solches „Entgegenkommen“ nicht einseitig ausfallen. Ein sicherer Arbeitsplatz als eine der Zusagen ist das Mindeste, was wir fordern, sagte Hommel.

„Faule Kompromisse werden wir nicht eingehen“, so der GDBA-Chef Hommel. „Lieber lassen wirs krachen“. Nachdem die zweite Runde eine Annäherung erbrachte (siehe Seite 5) soll nun am 24. November in Berlin weiter verhandelt werden.